Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 29 (1950)
Heft: 8

Artikel: Brief aus Amerika
Autor: L.R.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336483

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gehende Untersuchungen festgestellt, daß die in den USA weitverbreiteten Fernsehempfänger wohl kaum daran schuld sind. Sollten nicht vielleicht die erwachsenen Kinobesucher Hollywoods Kost langsam satt bekommen und nach gehaltreicheren Filmen verlangen, in denen sie die Probleme ihres täglichen Lebens besser berücksichtigt finden? Ist nicht ein solcher Hunger nach Wahrheit der Hauptgrund für die begeisterte Aufnahme, die das Neuyorker Publikum den realistischen Filmen Europas bereitet? (V. de Sicas «Fahrraddieb» zum Beispiel läuft hier seit acht Monaten ununterbrochen im gleichen Kino.)

Einen neuen Weg weist der von der *Gewerkschaft* der Bekleidungsarbeiter (ILGWU) hergestellte Spielfilm «With these Hands», der den harten Kampf der Arbeiter gegen die früheren unmenschlichen Bedingungen in den Konfektionsfabriken und -werkstätten und die durch die Gewerkschaft erzielten Verbesserungen schildert. «With these Hands» ist nicht vollkommen; das Thema hätte intensiver genutzt werden können – trotzdem verdient das Erscheinen eines im Auftrag einer Gewerkschaft gedrehten sozialen Films freundliche Beachtung.

Vielleicht wird einmal von den Gewerkschaften eine *Erneuerung* des amerikanischen Films ausgehen oder der Anstoß dazu – so wie die Entstehung der CIO in den Arbeiterkämpfen der dreißiger Jahre sich befruchtend auf das Filmwesen von damals auswirkte. Jedenfalls vermag nur ein wuchtiger äußerer Druck Hollywood von seiner lebensfernen Bahn abzubringen. Sollte aber Hollywood diese Bahn unter keinen Umständen verlassen wollen, so kann ein neuer amerikanischer Filmstil nur in neuen, volksnäheren Zentren entstehen.

Brief aus Amerika

Denver (USA), im Juli 1950

Friede, Brot und Freiheit

In der letzten Maiwoche fand in der amerikanischen Automobilmetropole Detroit der 27. Kongreß der Sozialdemokratischen Partei der Vereinigten Staaten statt. Drei Tage lang berieten und diskutierten die Delegierten über die neuen Aufgaben des demokratischen Sozialismus in Nordamerika. Die gefaßten Resolutionen und Beschlüsse verdienen es, eingehender kommentiert zu werden, da sie auf einer klaren Einschätzung der innenpolitischen Lage des Landes und der daraus entspringenden ideologischen und taktischen Konsequenzen beruhen.

Alle Delegierten waren sich darüber einig, daß die fortschrittliche Entwicklung der amerikanischen Demokratie von drei Faktoren abhängig ist: einer progressiven Ideologie, einem konkreten Programm der sozialen Wohlfahrt und einer starken, verantwortungsbewußten Partei, die dieses Programm vorbehaltlos unterstützt.

Keine dieser Voraussetzungen ist bisher auch nur annähernd realisiert worden. Der erste Punkt ist ein besonders instruktives Beispiel für diese These. Zu Beginn unseres Jahrhunderts wurde das kapitalistische Wirtschaftssystem von der überwältigenden Mehrheit aller Amerikaner bejaht. Die Ideologie des «Laissez-faire» wurde kaum angefochten. Heute aber hat diese Ideologie ihre realen Grundlagen verloren. Das Wachstum der Monopole und die Subventionspolitik der Regierung haben von der «freien Konkurrenzwirtschaft» nurmehr den Namen übriggelassen. Keine neue Ideologie hat jedoch bisher das Vakuum ausgefüllt. Es war aus diesem Grunde, daß der Parteitag vor allem die Notwendigkeit betonte, daß die Philosophie des Kampfes aller gegen alle durch die Bereitschaft der Kooperation für das gemeinsame Wohl ersetzt werden muß. «Friede, Brot, Freiheit und die brüderliche Gemeinschaft aller Menschen», führte der Parteiführer Norman Thomas in seiner Eröffnungsansprache aus, «können nicht verwirklicht werden, solange das Profitmotiv in unserer Zeit dominiert.»

Was den zweiten Punkt anbelangt, so herrschte am Parteitag ebenfalls Einigkeit darüber, daß eine scharfe Abgrenzung gegen den «Fair Deal» der Demokratischen Partei notwendig sei. Die Behauptung der Gegner des Präsidenten, daß sein Programm zum «sozialistischen Wohlfahrtsstaat» führen müsse, wurde damit beantwortet, daß der «Fair Deal» weder sozialistisch noch ein Wohlfahrtsprogramm ist. Trumans Programm gibt den Massen Hoffnung. Aber es kann niemals verwirklicht werden, solange die kapitalistische Orientierung nicht aufgegeben und durch den Kompaß des Sozialismus ersetzt wird. Voraussetzung dazu ist, daß der Präsident vom Führer eines «warfare» (für den Krieg rüstenden) Staates zum Führer eines «welfare» (Wohlfahrts-) Staates werde. 75 Prozent des amerikanischen Budgets werden heute für die Deckung der Kosten vergangener und künftiger Kriege ausgegeben, während nur 6 bis 8 Prozent Wohlfahrtszwecken zufließen. Dieses Verhältnis muß – nach Ansicht des Parteitages – umgekehrt werden. «Wir sind überzeugt», heißt es in der Resolution des Kongresses, «daß die gegenwärtige Planung für einen künftigen Krieg ersetzt werden muß durch eine intensivere Planung für den Frieden und wirtschaftlichen Wohlstand. Nationalisierung der Schlüsselindustrien im Lande und eine fortschrittliche, fried-

liche Außenpolitik im Verein mit den andern demokratischen Mächten seien die beste Gewähr dafür, daß der Weltfriede erhalten bleiben könne.

Über die Notwendigkeit einer verantwortungsbewußten Partei (weder die Demokraten noch die Republikaner verdienen dieses Prädikat) waren sich die Delegierten ebenfalls einig. Bedeutsame Meinungsverschiedenheiten wurden aber in der Debatte ausgedrückt, als man über die besten Mittel und Wege beriet, um eine Massenpartei zu schaffen, die durch die sozialistischen Ideale inspiriert werden sollte.

Zwei Voraussetzungen waren zu beachten. Einmal die traditionelle Verankerung des Zweiparteiensystems, die dazu geführt hat, daß bisher noch keine dritte Partei den Republikanern und Demokraten die Gunst der Wähler streitig machen konnte. Ein zweiter Faktor ist die Tatsache, daß die organisierte Gewerkschaftsbewegung – die die Massenbasis für jede sozialistische Partei bilden muß – weder das sozialistische Programm noch die Sozialistische Partei akzeptiert hat. Immerhin sind die Gewerkschaften in den letzten Jahren politisch reifer geworden, was in der Übernahme eines Teils der sozialistischen Forderungen klar zum Ausdruck kommt. Auf dieser Grundlage muß weiter gebaut werden. Es geht heute vor allem darum, die Gewerkschafter weiterhin politisch zu erziehen und dadurch eine noch engere Kooperation in der Zukunft zu gewährleisten.

Ausgehend von diesen Faktoren, bildeten sich am Parteitag zwei Gruppen, die eine verschiedenartige Taktik befürworteten. Die eine Gruppe – die eine klare Mehrheit der Delegierten vereinigte – war für die Beibehaltung der bisherigen Wahlpraktiken. Sie verlangte, daß die Partei weiterhin einen Präsidentschaftskandidaten aufstelle und daß kein Kandidat unterstützt werden solle, der von den Demokraten oder den Republikanern nominiert worden sei. Nur auf diese Weise könnte die sozialistische Ideologie vor Verwässerung bewahrt bleiben.

Die Minderheit dagegen, der auch der Parteiführer Norman Thomas angehörte, schlug vor, daß die Partei keinen Kandidaten mehr für die Präsidentschaftswahlen aufstellen solle, solange es nicht gewiß sei, daß man einen eindrucksvollen Stimmengewinn erzielen könne. Anstatt sich in kostspieligen Wahlkampagnen zu engagieren, sollte die Partei ihre Hauptanstrengungen auf die politische Erziehung der Arbeiterschaft konzentrieren. Auch die Minorität verlangt, daß die Sozialistische Partei als Ganzes keine Kandidaten der traditionellen Parteien unterstütze. Dagegen sollte es den Sozialisten in den Gewerkschaften und in den linksliberalen Organisationen freigestellt sein, solche Kandidaten zu unterstützen, die von ihren Organisationen empfohlen werden und die sich auf ein fortschrittliches Programm verpflichtet haben.

Es ist ein Zeichen der inneren Stärke und demokratischen Tradition in der Partei, daß die Minderheit sich vorbehaltlos den Beschlüssen der Mehrheit fügte. Beide Gruppen werden auch in der Zukunft gemeinsam für den demokratischen Sozialismus und für den Aufbau einer starken sozialistischen Partei arbeiten. Diese Beschlüsse stimmten die Delegierten optimistisch. Wenn auch die Partei bisher zahlenmäßig klein geblieben ist, so haben ihr Programm und das sozialistische Ideengut in der amerikanischen Bevölkerung schon Wurzel gefaßt. Einer der Redner des Parteitages hat zweifellos den Sachverhalt klar herausgearbeitet, als er feststellte, daß die Verwirklichung der Forderungen, für die Eugene Victor Debs (der Gründer der Sozialistischen Partei) eingekerkert wurde, aus Franklin D. Roosevelt in den dreißiger Jahren einen Nationalhelden gemacht hat. Der Fortschritt kann auf die Dauer nicht aufgehalten werden. Gewiß, das Ziel, dem die Partei ein halbes Jahrhundert lang unbeirrt folgte, ist noch nicht erreicht worden. Aber die Zukunft wird und muß denen gehören, die sich stets mit unermüdlicher Hingabe für die Gestaltung einer besseren, glücklicheren Gesellschaft eingesetzt haben.

Eine brüchige Koalition

Amerikanische Parteien sind komplexe Gebilde. Theoretisch repräsentieren sie nicht eine besondere Klasse – wie es bei europäischen Parteien vorwiegend der Fall ist –, sondern mehrere Gruppen und Volksschichten. Praktisch wird allerdings nur die Demokratische Partei dieser Zielsetzung gerecht. Franklin Roosevelt verstand es, die Interessen von Arbeitern, Farmern, liberalen Demokraten und reaktionären Südstaatlern auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Mit dieser seltsamen Koalition gewann er alle Wahlkämpfe, und durch geschicktes Ausbalancieren der verschiedenen Gruppen gelang es ihm, auch einen großen Teil seines New-Deal-Programmes durchzuführen. Die Republikaner waren dagegen und sind noch heute die Repräsentanten einer einzigen Klasse. Ihre enge Verflechtung mit dem Großkapital hat dazu geführt, daß die Partei mit dem «big business» identifiziert wird. Viele Experten glauben, daß dies der Hauptgrund für die zahlreichen republikanischen Wahlniederlagen in den letzten zwanzig Jahren ist. Solange die Partei nur der Repräsentant einer kleinen, wirtschaftlich einflußreichen Gruppe ist – die zudem noch damit belastet ist, die große Krise von 1929 verschuldet zu haben –, wird es ihr kaum gelingen, die demokratische Vorherrschaft zu erschüttern.

Gegenwärtig ist allerdings auch in der Demokratischen Partei nicht alles zum besten bestellt. Präsident Truman ist als Parteiführer weit weniger geschickt und diplomatisch, als es Roosevelt war. Seine schwankende, unbeständige Politik hat nicht nur die reaktionären Südstaatler, sondern auch die Liberalen in die Opposition getrieben. Die Farmer sind durch den Mißerfolg der staatlichen Subventionspolitik verärgert und beginnen wieder zu den Republikanern abzuwandern. Endlich aber hat sich nun auch Labour zum Chor der Kritiker gesellt. Eine Anzahl namhafter Gewerkschaftsführer hat in der letzten Zeit zu verstehen gegeben, daß ihre Organisationen nicht an die Demokratische Partei gebunden sind und daß die Gewerkschafter auch für andere Kandidaten stimmen könnten, wenn die Partei ihre Wahlversprechungen nicht einlösen würde.

Die Gewerkschaft der Ölarbeiter, die der CIO angehört, hat ihren Standpunkt besonders klar ausgedrückt. In einem Leitartikel des Gewerkschaftsorgans wurde vor kurzem ausgeführt, daß die organisierte Arbeiterschaft der Demokratischen Partei langsam überdrüssig werde. Die Partei verspreche viel, habe aber nur wenige ihrer Versprechungen gehalten. Trotz Trumans Kampfansage sei das gewerkschaftsfeindliche Taft-Hartley-Gesetz vom mehrheitlich demokratischen Kongreß noch nicht widerrufen worden. Die Zivilrechtsgesetzgebung für die Neger wurde nicht realisiert. Das demokratische Wahlprogramm verlange die Verbesserung der staatlichen Sozialversicherung und die Einführung eines nationalen Gesundheitsdienstes. Beide Gesetzesvorlagen seien aber noch nicht einmal über das Stadium der Komiteeberatung hinausgekommen.

Der Leitartikel befaßte sich ferner mit dem Ausspruch eines prominenten demokratischen Senators, der in einer Rede erklärt hatte, daß Wahlprogramme nicht ernst genommen werden müßten, und mit den Ausführungen eines Vorstandsmitgliedes der Demokratischen Partei, der einem Gewerkschaftsdelegierten offenherzig sagte: «Wir sorgen uns nicht um die Stimmen der Arbeiterschaft. Labour kann nur mit der Demokratischen Partei zusammenarbeiten.» Demgegenüber hob das Gewerkschaftsorgan hervor, daß sich die betreffenden Demokraten irren könnten. Die Arbeiterschaft werde diesmal straffer organisiert werden, und es sei noch keineswegs ausgemacht, daß ihre Stimmen nur der Demokratischen Partei zugute kommen würden. Der Artikel schloß mit einem poetischen Vergleich: «Wenn das junge Mädchen – dem Labour im Augenblick noch gleicht – (politisch) reif geworden ist, dann wird es nicht mehr geduldig im Mondlicht auf Mr. Demokrats Werbung warten.»

Wird das Ultimatum im Lager der Demokratischen Partei verstanden werden? Die Gewerkschaft der Ölarbeiter zählt etwa 100 000 Mitglieder. Trotz

ihrer geringen zahlenmäßigen Stärke nimmt sie aber einen wichtigen Platz in der CIO ein. Ihre Mitglieder sind politisch sehr aktiv, und ihr Präsident, O. A. Knight, ist einer der einflußreichsten Vizepräsidenten des Gesamtverbandes, der sieben Millionen organisierte Arbeiter umfaßt. Der Artikel ist daher zweifellos eine offizielle Warnung an die Demokratische Partei. Sein Inhalt besagt, daß die Gewerkschaften sich nicht mehr lange mit Versprechungen zufrieden geben werden, daß sie endlich Taten sehen wollen. Präsident Truman und seine Partei sind damit vor eine klare Entscheidung gestellt. Das Bündnis mit der Arbeiterschaft kann nur dann aufrechterhalten werden, wenn es durch eine fortschrittliche Innenpolitik gerechtfertigt wird. Die Gewerkschaften fordern heute mit Recht, daß der Preis für ihre Wahlhilfe bezahlt werde. In den kommenden Wochen dürfte es sich entscheiden, ob die Gläubiger wenigstens teilweise befriedigt werden können. Der Einsatz, der auf dem Spiele steht, ist allerdings jeder Mühe wert. Nicht nur die politische Karriere des Präsidenten, auch die Zukunft seiner Partei ist gefährdet, wenn es nicht gelingt, die Gewerkschaften weiterhin bei der Stange zu halten.

Zivilgesetzgebung und Rassenproblem in den USA

Die meisten liberalen Amerikaner sind sich heute darüber einig, daß eine der aktuellsten und schwierigsten Aufgaben des Landes die Lösung des Minderheitenproblems ist. Sie wissen, daß die amerikanische Demokratie unvollkommen ist, solange sie nur eine Demokratie für die Weißen ist. Hier endet aber auch schon die Einigkeit. Fragt man, wie das Problem gelöst werden soll, so scheiden sich die Geister. Die eine Gruppe verlangt den Erlaß von Gesetzen, die jede rassische Diskriminierung als strafbar erklären. Das offizielle demokratische Parteiprogramm mit seiner Forderung nach einer Zivilrechtsgesetzgebung für die Neger repräsentiert diesen Standpunkt. Demgegenüber betont eine andere Gruppe (namentlich die der liberalen Südstaatler), daß mit Gesetzen und Strafandrohungen die Gesinnung nicht geändert werden kann. Der Fortschritt einer Idee sei immer nur ein langsamer, gradueller Prozeß. Rassische Vorurteile könnten nur durch intensive Aufklärungs- und Erziehungsarbeit überwunden werden. Endlich gibt es noch eine dritte Gruppe (Sozialisten, Linksradikale und manche Negerorganisationen), die eine Kombination von adäquaten Gesetzen und Aufklärung als die ideale Lösung ansieht. Die Anhänger dieser Lösung glauben, daß weder Gesetze allein noch die ausschließliche Konzentration auf die Erziehung das gewünschte Ziel realisieren könnten. Nötig seien daher die Inte-

gration beider Standpunkte und die Ausarbeitung eines klaren Aktionsprogrammes, das sowohl die juristischen als auch die pädagogischen Möglichkeiten berücksichtigt.

Soziologisch und psychologisch gesehen, scheint der Standpunkt der dritten Gruppe der Realität am besten Rechnung zu tragen. Das soll aber nicht besagen, daß nicht auch die andern Gruppen Gutes leisten können. Gerade das Minoritätenproblem verlangt eine undogmatische Behandlung. Da die einzig richtige und allein seligmachende Lösung noch nicht gefunden und erprobt werden konnte, muß die Wirkung von Gesetzen und Aufklärungsarbeit noch genauer studiert werden. Eine gute Gelegenheit dafür bieten drei Entscheide des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten, die in der zweiten Juniwoche gefällt wurden.

In allen drei Fällen befaßte sich das Gericht mit der Segregation (Absonderung) von Weißen und Negern, auf der das ganze Kastensystem in den Südstaaten aufgebaut ist. In einstimmigen Entscheiden verlangten die Bundesrichter, daß ein Negerstudent zur juristischen Fakultät der Universität von Texas zugelassen werde, und daß die Universität Oklahoma die Praxis aufgebe, daß Neger und Weiße in verschiedenen Reihen sitzen müßten. Darüber hinaus wurde auch die Absonderung von Negern und Weißen in Eisenbahn-Speisewagen als ungesetzlich erklärt. Der Oberste Gerichtshof verurteilte also nicht die Absonderung im allgemeinen, sondern behandelte nur die drei oben genannten spezifischen Fälle. Dennoch kann nicht daran gezweifelt werden, daß diese Urteile bedeutsame Konsequenzen nach sich ziehen werden.

Das amerikanische Recht ist im wesentlichen auf Präzedenzfällen aufgebaut. Die in der Verfassung ausgesprochene Trennung der Gewalten hat dazu geführt, daß der Oberste Gerichtshof die wichtigste Autorität für die Auslegung der Gesetze geworden ist. Etwas vereinfacht kann man sagen, daß in den USA Recht ist, was der Supreme Court als Recht interpretiert.

Die Diskriminierung der Neger in den Südstaaten wurde durch eine Entscheidung des Obersten Bundesgerichtes im Jahre 1896 legalisiert, in der festgestellt wurde, daß die Absonderung nicht ungesetzlich sei, solange die Staaten für beide Rassen gleichwertige Erziehungsmöglichkeiten bieten. Die berühmte Formel «Separate but equal» (abgesondert, aber unter gleichwertigen Bedingungen) wurde natürlich nie realisiert. Ausgeführt wurde lediglich die Separierungsklausel, während der Standard der Negerschulen auch heute noch weit unter dem Standard der Schulen für Weiße ist. Es war die Erkenntnis der Ungleichwertigkeit der Schulungsmöglichkeiten, die den «Supreme Court» zu seinen historischen Urteilen veranlaßte. Wenn damit auch der Entscheid von 1896 nicht direkt als ungültig erklärt wurde, so ist

doch eine tiefe Bresche geschlagen worden, die jede weitere Diskriminierung auf eine wacklige Rechtsbasis stellt.

Die meisten Kommentatoren waren sich darüber einig, daß die Entscheidungen des Obersten Bundesgerichtes von weitreichender Bedeutung seien. In den Kommentaren kamen allerdings charakteristisch Verschiedenheiten zum Ausdruck. Gouverneur Talmadge von Georgia, einer der reaktionärsten Südstaatler, erklärte: «Solange ich Gouverneur bin, werden keine Neger in unsern weißen Schulen aufgenommen.» Für den Herausgeber der «Atlanta World», einer Negerzeitung, waren die Urteile «ein Weg, auf dem der Süden in die Parade der Demokratien einschwenken kann». Von größter Bedeutung ist aber wahrscheinlich eine Erklärung Phillip Murrays. Der Präsident der CIO-Gewerkschaften, die sieben Millionen Mitglieder zählen, gab bekannt, daß die dem Verband angeschlossenen Gewerkschaften von nun an alle Gesetze und Verordnungen ignorieren werden, die rassische Absonderung verlangen. Damit dürfte eines der größten Hindernisse für die gewerkschaftliche Organisierung der Neger – ein langgehegtes Projekt der CIO, dessen Verwirklichung den sozialen und wirtschaftlichen Status der farbigen Bevölkerung bedeutend verbessern würde – beseitigt sein.

Ist nun das Negerproblem schon gelöst? Nur naive Optimisten können glauben, daß die Urteile des «Supreme Court» mehr als ein bescheidener Anfang sind. Es handelt sich nun darum, auf der geschaffenen Grundlage weiterzubauen. Der demokratische Senator Johnston von South Carolina hat zweifellos ein wichtiges Problem angeschnitten, als er in einem Interview ausführte, daß seiner Ansicht nach die weiße Bevölkerung des Staates noch nicht genügend reif sei, um die Integration beider Rassen in Schulen und Colleges zu tolerieren. Hier wartet der Erzieher eine bedeutsame Aufgabe. Die moderne Psychologie hat uns gelehrt, daß rassische Vorurteile nicht auf einem natürlichen Instinkt der Feindschaft gegen das Fremdartige beruhen, sondern daß sie in früher Kindheit anerzogen werden. Die logische Schlußfolgerung dieser Erkenntnis ist, daß anerzogene Ideologien auch geändert werden können. Dieser Prozeß ist allerdings nicht von kurzer Dauer. Es wird viel hingebungsvolle Arbeit und die Bemühungen vieler Erzieher brauchen, bis der Rassenhaß – der von Tradition, Geschichte und sozialen Minderwertigkeitsgefühlen genährt wird – überwunden werden kann. *L. R.*